

Verzeichnis
 des Nagolder Sees für das oberste wie hermiten ein von:
 510 M
 493
 425
 412
 395
 373
 368
 296
 290
 271
 254
 200
 188
 180
 149
 34
 26313 M. Dieser
 Zusatzen und
 von 32000 M.
 in Sammlern, sei

Verzeichnis
 März 1922.

Verzeichnis
 Teilnahme am
 anderer treue-
 Schloßpöters

Verzeichnis
 Inbesondere
 Herrn Stadt-
 n Grobe, dem
 Schreinerinnern
 men bis zuletzt

Verzeichnis
 Liebenen.

Verzeichnis
 für die
 ion

Verzeichnis
 Ex libris
 Tageblücher
 Karten

Verzeichnis
 NAGOLD.

Verzeichnis
 de

Verzeichnis
 Sie meinen
 mein, gleich einer
 des, Tag und Nacht

Verzeichnis
 Band

Verzeichnis
 dieses, sowohl als auf
 geführten Briefen ent-

Verzeichnis
 1917-3 in Nagold

Verzeichnis
 bei zur Verfügung in:
 ern Strümpfe,
 ter,
 j. Vermäß, Tag u.
 Nacht tragbar,
 für Darmperle,
 den nach Maß,
 unberührt, gefaltet.

Verzeichnis
 (Baden),
 e Strümpf u. Bandagen.

erscheint an jedem Werk-
 tag, Bestellungen nehmen
 sämtliche Postanstalten
 und Postboten entgegen.

Bezugspreis: in
 Nagold, durch d. Agenten,
 durch d. Post ein- u. Post-
 gebühren monatl. 4.11-
 5.11, — per 60 J.

Anzeigen-Gebühr für die
 einseitige Zeile auf ge-
 wöhnlicher Schrift oder
 deren Raum bei einmaliger
 Einrückung 4.11, —
 bei mehrmaliger Rückart
 nach Tarif. Bei gerichtl.
 Beitreibung u. Konfession
 ist der Rabatt hinfällig.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Druck und Verlag von O. W. Salzer (Max Salzer) Nagold, Buchvertrieb bei in Vertretung K. W. Schumann.

Jeinprecher No. 20.

Bestellte Zeitung im
 Oberamtsbezirk. — An-
 zeigen sind daher von
 besten Erfolg.

Wir sind, Kellner, sehr fe-
 rlich, welche überaus.
 Es wird keine Gewähr für
 Übernehmen, bei Anzeigen
 oder Verträgen in bestimmten
 Ausgaben oder an der ge-
 wöhnlichen Stelle versetzen.
 In Fällen von Unklarheit
 wird die Redaktion auf
 Befragung der Zeitung oder auf
 Mitteilung d. Verlagsvertrags.

Telegramm-Adresse:
 Gefellschafter Nagold.
 Postfachkonto:
 Stuttgart 5113.

Nr. 68

Mittwoch den 22. März 1922

96. Jahrgang

Die Stellung der Sowjet-Regierung zur Konferenz von Genua.

Paris, 20. März. Der russische Volksbeauftragte für Auswärtiges, Tschicherin, richtete kürzlich an Polonoce einen Funkspruch, der die Stellungnahme der Sowjet-Regierung zur Konferenz von Genua enthält. Er gibt darin die Berücksichtigung Russlands über die Einladung nach Genua Ausdruck, in der er den Beweis für die Erkenntnis der Großmächte erbringt, daß die wirtschaftliche und politische Lage Russlands nicht nur unruhig, sondern direkt schädlich und die Wiederherstellung normaler Beziehungen mit ihm notwendig ist. Tschicherin verweist sich den Unterschied zwischen dem in Rußland und in Europa herrschenden Regime auf politischem und wirtschaftlichem Boden nicht, glaubt aber trotzdem, daß eine Verständigung über sich überschneidendes Zusammenarbeiten möglich ist. Die Konferenz müsse sich aber von den bisherigen Konferenzen unterscheiden und keinen Unterschied zwischen Siegen und Besiegten machen. In dem jetzigen Verhältnis der Großmächte vor der Konferenz sehe die russische Regierung aber bereits die Gefahr eines neuen Weltkriegs voraus. Die Große und die Kleine Entente machen Vorbereitungen, um mit völlig unangenehmen Beschlüssen in Bezug auf Rußland an der Konferenz zu erscheinen, was die Sowjet-Regierung tief bedauere, da diese Politik die Konferenz wertlos mache. Tschicherin weist sogar auf die neuen gegen Rußland gerichteten Militäraktionen hin und gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die Konferenz unter Umständen zum Ausgangspunkt einer neuen militärischen Intervention in Rußland werden könnte. Nach der vom Westen inszenierte Campagne der Rüge u. Verleumdung gegen die Sowjet-Regierung werde nur die Konferenz von Genua zu vereiteln. Die russische Regierung sei bemüht, in Rußland Verhältnisse zu schaffen, die der Einwirkung der Interventionen auf dem Gebiet des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrs günstig sind. Die Freiheit des Außenhandels sei gesichert. Das Außenhandelsmonopol des Staates werde aufrecht erhalten. Besondere Konventionen regeln über die Beteiligung des Privatkapitals. Ein Vertrag garantiere den freien Verkehr des Edelmetalls. Ferner sei die Bildung von Finanz- und Handelskreditgesellschaften wie in allen übrigen Ländern gestattet. Der Wechselkurs sei in Uebereinstimmung mit der Hongkong Konvention geregelt worden. Ein neues Zollgesetzbuch sei von dem Rat der Volksbeauftragten genehmigt worden. Zum Schluß stellt Tschicherin fest, daß die Sowjet-Regierung mit der besten Absicht nach Genua gehe, in enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit allen Staaten zu treten.

Italiens Wirtschaftskrise.

W.W. In den europäischen Ländern, die am schwersten unter der Wirtschaftskrise leiden, gebt Italien. Es hat zwar den Krieg mitgewonnen, den Sieg indessen mit dem Zusammenbruch seiner Wirtschaft und seiner Finanzen bezahlt. Diese Folge war unermesslich, weil zu den Besiegten Deutschland und die Donaumonarchie zählen, die vor dem Kriege die hauptsächlichsten Stützen der italienischen Wirtschaft waren. Der Versuch, sich wirtschaftlich unabhängig zu machen, mußte scheitern, weil Italien nicht über die erforderlichen Rohstoffe für eine großindustrielle Entwicklung verfügt. Das zeigt sich darin schon, daß die großindustrielle Gruppe, die unter Ausnutzung der nationalistischen Strömung den deutschen Einfluß ausschalten wollte, zuerst die Segel streichen mußte. Auch der Zusammenbruch der italienischen Fremdenbank, die für Italien das ist, was für Deutschland etwa die Deutsche Bank darstellt, ist auf diesen Mangel zurückzuführen. Ist die industrielle Krise schon ein außerordentliches Ereignis, so droht nun auch noch eine Agrarkrise. Das Getreide auf den Auslandsmärkten ist wohlfeiler, als es in Italien erzeugt werden kann. Weiter führt Italien der Verlust seiner Wanderarbeiter. Hunderttausende italienische Arbeiter fanden vor dem Kriege in Deutschland und Österreich Beschäftigung, von wo aus sie Tugenden von Millionen Lire mit nach Hause brachten, was die Zahlungsbilanz des Landes günstig beeinflusste. Heute ist das alles verloren. Der Staat steht den Forderungen des Haushaltes wachsend, während gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Krise an Schärfe zunimmt.

Das Düngungsproblem der Landwirtschaft.

W.W. Bei der Produktionssteigerung der Landwirtschaft kommt es — genau genommen — lediglich auf eine Steigerung der pflanzlichen Erzeugung an; denn diese kann nicht nur die Einfuhr von vegetabilischen Lebensmitteln überflüssig machen, sondern durch eine vermehrte Erzeugung von Futtermittel aller Art auch die Möglichkeit zu einer Steigerung der tierischen Erzeugung geben. Die pflanzliche Produktion läßt sich aber nur erhöhen, wenn den Pflanzen genühend Nährstoff zur Verfügung gestellt wird. Drei Nährstoffe sind es vor allem, die dem Boden in Form künstlicher Düngemittel zugeführt werden müssen: Stickstoff, Phosphorsäure und Kali. Diese Nährstoffe können sich bei der Erziehung der Pflanze nicht gegenständig verhalten; es richtet sich vielmehr die Größe der Produktion nach derjenigen Produktionsbedingung, die im geringsten Maße vorhanden ist. Man nennt dies das Gesetz

vom Minimum. Erhält beispielsweise eine Pflanze nicht genügend Phosphorsäure, so kann durch eine erhöhte Gabe von Stickstoff oder Kalidünger die Produktionsmenge nicht vermehrt werden.

Vor dem Kriege wurden die Stickstoffdünger zur Hälfte aus dem Auslande bezogen; auch der überwiegende Teil der Phosphorsäuredünger wurde importiert. Nur die Kalidünger wurden restlos im Inlande gewonnen. Jetzt ist Deutschland durch die gewaltigen Stickstofffabriken, die während des Krieges insbesondere für die Munitionsherstellung errichtet wurden, bezüglich der Versorgung mit Stickstoffdüngemitteln vom Auslande unabhängig geworden; auch beim Kali kann die heimische Menge weiter im Inlande gewonnen werden. Anders bei der Phosphorsäure, wo die heimische Produktion völlig unzureichend ist und auch nicht gesteigert werden kann. Der Einfuhr von Rohphosphaten aus dem Auslande, die im Inlande dann zu Düngemitteln, nämlich zu Superphosphaten, verarbeitet werden, stehen aber die bekannten Schwierigkeiten infolge der traurigen Finanzlage Deutschlands entgegen. Vor dem Kriege betrug der Wert der Einfuhr von Rohphosphaten 45 Millionen M., was bei dem jetzigen Kursstand der Mark, — den Dollar zu 250 Mark gerechnet, — 2,7 Milliarden M. entspricht. Deutschland muß sich daher Anordnungen in den nächsten Jahren bei den Rohphosphaten mit einer bedeutend kleineren Einfuhr als vor dem Kriege begnügen.

Es ist nun die Frage, ob durch die Beschränkung in der Phosphorsäureproduktion die Produktionssteigerung der Landwirtschaft gefährdet wird. Nach einem Vorschlag, den der Staatssekretär Ramm des Reichlichen Landwirtschaftsministeriums schon vor einiger Zeit gemacht hat, muß gegenüber der Vorkriegszeit in den nächsten Jahren folgender Verbrauch von Düngemitteln in reinen Nährstoffen (in 1000 Tonnen) gesichert, erstrebt werden:

	Stickstoff	Phosphorsäure	Kali
1913	195	667	536
in Zukunft jährlich	520	300	1000

Scheint nun aber diese Veranschlagung der Phosphorsäureproduktion, wie sie hier zum Ausdruck kommt, nicht im Widerspruch zum Gesetz vom Minimum zu stehen? Die Antwort hierauf findet man in dem obigen veranschlagten Verhalten der einzelnen Düngemittel im Boden. Der Stickstoff wird vom Boden so gut wie gar nicht festgehalten; die Stickstoffmengen, welche die Pflanze nicht verbraucht hat, gehen verloren, da sie auswaschen werden oder sich in die Luft verflüchtigen. Das Kali wird schon weit besser festgehalten; ein Entweichen in die Luft findet gar nicht statt, und auch die Auswaschungsfähigkeit ist bei weitem nicht so groß wie beim Stickstoff. Die Phosphorsäure schließlich ist im Boden äußerst schwer beweglich. Daher sind die überaus reichlichen Phosphorsäuredüngungen der Vorkriegszeit, die bei dem früher verhältnismäßig niedrigen Preis der Phosphorsäure ökonomisch gegeben wurden, zum Teil noch im Boden vorhanden.

Seitdem kommt es also darauf an, den noch im Boden ruhenden Reichtum an Phosphorsäure der Pflanzenproduktion wieder dienstbar zu machen. Dem stehen aber größere Schwierigkeiten entgegen, als die Phosphorsäure im Boden im Laufe der Zeit in eine schwer lösliche Form überzugehen läßt. Erforschungsergebnisse sind gerade in der letzten Zeit durch die Untersuchungen von Fedalen, Dr. v. Wagnell (Privatdozent in Hohenheim) die Erkenntnisse von der Phosphorsäure-Eränderung der Pflanzen bedeutend erweitert worden. Ferner hat der bekannte Professor für landwirtschaftliche Betriebslehre Herberich (Berlin) in diesen Tagen durch eine neue Schrift der praktischen Landwirtschaft den Weg gewiesen, wie jene naturwissenschaftlichen Erkenntnisse nutzbringend anzuwenden sind. Nach ihm bietet eine starke Anwendung von Stickstoff und Kali die Möglichkeit zur Mobilisierung der Phosphorsäure, wenn gleichzeitig auch die ganze Betriebsorganisation auf die starke Stickstoff-Rohdüngung eingestellt wird.

Das Düngungsproblem der deutschen Landwirtschaft in der nächsten Zeit ist also: mögliche Ausdehnung der Stickstoff- und Kalidüngung; Einschränkung der Phosphorsäuredüngung, soweit es der Phosphorsäureresichtum im Boden zuläßt. In späteren Jahren wird dann allerdings die Einfuhr von Rohphosphaten wieder aufgenommen werden müssen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Konferenz der Neutralen vor Genua.
 t Basel, 21. März. Die schweizerische Presse verzeichnet mit Befriedigung das Ergebnis der Stockholmer Besprechungen der Neutralen, die, wie eine halbamtliche Anweisung besagt, eine ziemlich weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten ergeben hat.

Die Darbanellenfrage.
 t London, 21. März. Die englische Regierung hat mit der Sowjetregierung Verhandlungen eingeleitet, die die Frage der Darbanellen betreffen.

Eine elbisch-lithauische Affaire in Amerika.
 t Berlin, 21. März. Der Berliner Zeitung zufolge wird aus Washington gefolgt: Biele, in denen die Unterfertigung einer Bewegung gefordert wird, die darauf abzielt, eine selbständige Republik in Est- u. Lithauen einzurichten,

werden angeblich in großer Anzahl in den Vereinigten Staaten verfaßt. Diese Ziele tragen den Kopf „Ezultio-Auskuß der elbisch-lithauischen Republik“ und sind unterzeichnet mit „Geinrich Puth, Sektretär und Schatzmeister“. Als Adresse wird Baden-Baden angegeben. In diplomatischen Kreisen redoupiert man, es handle sich um eine von Deutschland inszenierte Campagne, um in dem beiden Provinzen Unruhen hervorzurufen. Nach dem Rundschreiben besteht der Plan, für eine Volksabstimmung in beiden Provinzen Stimmung zu machen, die den Zweck verfolgt, sie von Frankreich zu trennen und eine unabhängige Republik zu schaffen.

Zurückziehung der Amerikaner am Rhein.
 Washington, 21. März. (Reuter.) Der Staatssekretär für das Kriegswesen, Weeks, hat heute angeordnet, daß alle zur Zeit am Rhein befindlichen amerikanischen Truppen bis zum 1. Juli zurückgezogen werden sollen.

Spannung zwischen Serbien und Montenegro.
 t Belgrad, 21. März. Die dem „Popolo d'Italia“ aus Jugoslawien gemeldet wird, nimmt die serbenfeindliche Bewegung in Montenegro immer mehr zu. Unter den Montenegroern haben bereits Westereien stattgefunden und die serbischen Behörden beschließen eine allgemeine Volkserhebung Montenegros für die Unabhängigkeit des Landes. Von den Bergbewohnern in Montenegro sollen 90% in die Berge geflüchtet sein.

Kemalistische Truppenkonzentrationen?
 London, 21. März. Aus Mesopotamien sind über London Meldungen über eine erhebliche kemalistische Truppenkonzentration gegen Mesopotamien eingetroffen. Die kemalistischen Truppen sollen mit französischen Waffen ausgerüstet sein.

Das schweizerische Parlament.
 t Basel, 21. März. Die schweizerische Bundesversammlung begann gestern mit ihrer diesjährigen Frühjahrssitzung. Im Nationalrat wird zunächst die Reorganisation der Bundesbehörden behandelt, während sich der Ständerat mit den Nachtragskrediten für 1921 befaßt wird.

Beginn der Ernährungsminister-Konferenz.
 t Berlin, 21. März. Heute vormittag begann im Reichsernährungsministerium die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, in der über die künftige Ernährungspolitik beraten werden soll.

Bayerische Valatsschulden.
 München, 21. März. Landwirtschaftsminister Bughofer ist gestern abend nach der Schweiz abgereist, wo gegenwärtig der Referent für das Ernährungswesen, Dr. Fischer, weilt. Es sollen Verhandlungen geführt werden wegen der Kredite, die Bayern im Laufe des Jahres für Schlachtvieh in der Schweiz eingekauft hat und die infolge der bestehenden Valuta der Regierung nicht möglich ist, zurückzahlen. Die Kredite sind auf viele Millionen Mark hinausgeschwollen.

Kommunistische Demonstrationen in Berlin.
 Berlin, 21. März. Der Bezirk Berlin-Brandenburg der kommunistischen Partei veranstaltete gestern auf dem Schloßplatz eine Demonstration gegen das Streikkommissariat, gegen die Sinnen-Wirb-Regierung, gegen den Abbau des Achtstundentages, gegen Schabackerei, Leuzung- und Steuerdruck u. gegen die unerbittliche Klassenjustiz.

Deutsch-polnischer Gefangenen-Austausch.
 Warschau, 21. März. Die polnische Regierung erwägt eine Entlassung der in polnischen Staatsgefängnissen sich befindlichen deutschen Owerschleier im Wege der Gegenseitigkeit, d. h. daß die deutsche Regierung die anlässlich der Unruhen in Oberschlesien gefangenen polnischen Owerschleier entläßt. Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Beauftragten sollen in Oppeln geführt werden.

Aus aller Welt.
 Die Zahl der Reichsbeamten.

L.C. Nach einer dem Reichstage zugegangenen Denkschrift besitzt das Reich insgesamt 1 557 786 Beamte und Hilfskräfte, hiervon sind 743 352 planmäßige Beamte, 124 481 beamtete Hilfskräfte, 689 953 nicht beamtete Hilfskräfte. Der Kostenanforderung für diese Kräfte beträgt jährlich 44 377 274 983 M. Auf die allgemeine Reichsverwaltung entfallen 89 704, auf die Betriebsverwaltungen 654 648 planmäßige Beamte, auf die allgemeine Verwaltung 10 081 beamtete und 72 353 nicht-beamtete Hilfskräfte, auf die Betriebsverwaltungen 124 481 beamtete und 689 953 nicht-beamtete Hilfskräfte. Interessant sind noch folgende Zahlen: das auswärtige Amt beschäftigt 3034, das Ministerium des Innern 4857, das Reichswehrministerium 12 900, das Reichsfinanzministerium 89 086, das Verkehrministerium 998 084, die Reichspost 380 155 Köpfe.

Die kommunistische Funkstation in Berlin.
 t Berlin, 21. März. In den Entdeckungen, die die Berliner Polizei bei einer Durchsichtung der Wohnung des kommunistischen Abtreibers gemacht hat, teilte das „Berl. Tagbl.“ noch mit, daß sich unter den vorerwähnten Angehörigen alle Telefonleitungen der Berliner Sicherheitspolizei mit ihren



einzelnen Kammern besonden. Die entbede Funkenanlage war eine sogenannte Funkenstation, die nur Telegramme empfangen konnte. Aus dem vorgefundenen Material geht hervor, daß während in der letzten Zeit zahlreiche Gespräche aus Mafkau aufgenommen hat. Das entbede Material über Telefon- und Telegrammanlagen kann nur durch Diebstahl kommunistischer Postbeamten in den Besitz der Besatzung gelangt sein, da die vorgefundenen Pläne, Aufzeichnungen und Listen nur zur streng vertraulichen Verwendung der Postbehörden bestimmt waren. Zur Weiterführung der Untersuchung hat sich die Polizei mit der Postbehörde in Verbindung gesetzt. Es soll insbesondere festgestellt werden, welche Postbeamten die Diebstähle begangen haben.

Selbstmord aus Not.

† In Berlin hat sich auf der Treppe des Volkspolizeidirektors ein 58 Jahre alter, anscheinend den mittleren Ständen angehörender Mann eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Der Schwereverletzte wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Aus einem bei ihm vorgefundenen Schriftdruck ging hervor, daß er seit 1. Juli 1921 heimatlos und seit dem 1. August sein möbliertes Zimmer verloren hatte. Ohne Einkommen und Wohnung habe er dann den Entschluß gefaßt, seinen Leben ein Ende zu machen.

Das größte Braunkohlenbergwerk der Welt.

† Das größte Braunkohlenvorkommen der Welt befindet sich unmittelbar vor den Toren Leipzigs. Gewisse Messungen haben ergeben, daß an der Eisenbahnstrecke Leipzig—Dorf in einem Flächenraum von 12 Quadratkilometern mächtige Kohlenflöze von 7—18 Meter Durchmesser lagern, die dem Tagbau zugänglich sind, weil sie höchstens in einer Tiefe von 40 m festgelegt sind. Der Freistaat Sachsen wird den Abbau in eigener Regie vornehmen. Man schätzt den zu erlassenden Rohlenreichtum auf etwa eine Viertelmilliarde Tonnen, die man erst in einem Zeitraum von 100 Jahren abzubauen gedenkt. Die Tagesförderung wird auf 7000 Tonnen — 700 Eisenbahnwagen geschätzt. Die Ausnutzung der hochwertigen Braunkohle soll ein Großkraftwerk besorgen, das mit einer Erzeugungsmöglichkeit von 1200000 Kilowatt das ganze westlich sächsische Industriegebiet mit Energie beliefern kann. Daneben werden noch Zementfabriken errichtet, die ebenfalls in ihrer Größe alle bisher existierenden Anlagen in den Schichten stellen werden. Die Tagesproduktion wird auf 100 Eisenbahnwagen Bruttofracht errechnet.

Deutsche Minen im Kanal.

† Aus Cherbourg wird dem „Intransigent“ gemeldet, daß durch die Stürme der letzten Woche im Kanal zahlreiche Minen an die Oberfläche getrieben worden seien, die während des Krieges von den Deutschen dort ausgelegt worden waren. So habe der Dampfer „Ebro“ gefunkt, daß er in der Höhe von der Isle d'Orléans sieben Meilen östlich von St. Catherine's Point ein großes Minenfeld passiert habe.

Fliegerlandung auf der Jagzpiße.

† Der Fliegerchampion Koller ist am Sonntag mit zwei Passagieren auf einer Rumpflermaschine 500 Meter unterhalb des Gipfels der Jagzpiße glatt gelandet.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 22. März 1922.

• Aus dem Staatsanzeiger. Das Landesfinanzamt, Abteilung für Höhe und Verbrauchssteuer, hat den probeweisen Vollbetriebsschritt in Wildberg zum Vollbetriebsschritt ernannt.

• Volkshilfskurse. Nächsten Donnerstag abends 8½ Uhr wird Stadtrat Raddler im Festsaal des Seminars einen Vortrag halten über die Burg Hohen-Magd. und ihre Geschichte. An der Hand von Karte und Plan und eines ausgearbeiteten Modells der Burg von Prof. F. Schuster wird unsere Burg, die zu den bedeutendsten unserer Landes zählt, in ihrem früheren Aufbau vorgeführt und die einzelnen Teile wie unterer und oberer Zwinger, Schildmauer, Bergfried, Herrenhaus, Frauenhaus u. a. am Modell erläutert. Ferner wird von der Zeit ihrer Erbauung, von den

Erbauern und von den Schildmauern der Burg bis zur Gegenwart gesprochen werden, sowie über die mannigfaltigen Beziehungen der Burgherren zur Stadt Magd. Für uns Magd. ist die mächtige Ruine über unserer Stadt ein Stück Heimat und wohl das schönste und großartigste Stück derselben. Alle Heimatfreunde seien freundlich zu diesem Vortrag eingeladen, um aus der Nähe über das Kleinod von Magd., unsere Burg, über ihre Werden und Vergehen erzählen zu hören.

• Schneidergewerkschaft Magd. In der am 19. März im Gasthaus zum „Waldhorn“ in Ebdauen stattgefundenen Ausschusssitzung wurden verschiedene dringliche Sachen erledigt; das seitige Mitglied der Janung, Moritz, Waldbach von Simmersfeld wird auf sein befristetes Ersuchen von der Mitgliedschaft befreit. Den erhöhten Lebensbedürfnissen entsprechend wurde beschlossen, dem in der letzten Wollersammlung am 20. Nov. 1921 um 25 Proz. erhöhten Tarif einen weiteren Aufschlag von 100 Prozent folgen zu lassen.

• Warten Sie noch länger •

mit der Bestellung, so geht Ihnen der „Gesellschafter“ nach dem 1. April nicht vorkünftig zu. Geben Sie aber bald zum Postamt oder zum Postboten, so bekommen Sie unter Blatt ohne Unterbrechung zugestellt. Haben Sie auch schon Ihre Bekannten zum Besuche des „Gesellschafter“ ermuntert? Tun Sie es scharf!!!
Roch ist es Zeit!!!

• Freie Schuhmacherinnung des Bezirks Magd. Am Sonntag 19. März fand im Gasthaus zur Traube in Ebdauen die Generalversammlung statt. Obermeister Dürschbach begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und erstellte dem Kaiser das Wort zum Rosenbergs, der mit einem Defizit schließt, welcher durch einen Sonderbeitrag gedeckt wurde und eine Erhöhung des Jahresbeitrags zur Folge hatte. Für 4 sühnungsgemäß auscheidende Ausschusmitglieder wurde Karl Meier-Kleinsteil, Schütte Ebdauen, Prof. Grüniger-Krauß gewählt und für den auscheidenden Kaiser Müller Schulte Ebdauen. Auf schärfere Äußerung betr. Bildung von Klassen wurde vom Vorsitzenden nach näherer Erläuterung der Beitritt zur Handwerkskammerklasse den Mitgliedern empfohlen, zu der auch verschiedene Mitglieder der Beitritt erklärten. Nach verschiedenen geschäftlichen Angelegenheiten wurde vom Vorsitzenden nach der Genossenschaftsberatung beauftragt. Sportsverein Magd. Eine lustige Vergnügung eröffnete letzten Sonntag den Reigen der neuinsitandenen Wandabteilung. Frisch und frei ging es nach kurzer Bahnlahrt von Talmühle aus in den saumigen Morgen hinein, bergan zur sogenannten Ruine Waldsch. Feilige Mauerer finden von links entschwebender Pracht und über ihre Vergangenheit spricht ein mächtiges Ebdauergeräusch sogenannter Ebdauer. Zur Seelstunde mag's hier gar unheimlich sein. Vorbei am Bahnhof Teinach, wo selbst wie die Kraftwagenabteilung Magd. als ein Stück Heimat freudig begrüßt, gegen wir hinaus zum stolzen Jovastein, der mit einem mächtigen Quaderbauern läßt und verwegend das Tal beherrscht. Banner flüchtigen allüberall. Rund um den Bergfried und draußen auf blumiger Aus herrsche schändliches Treiben und manch ein Durche hat dort einer lachenden Maid einen Strohkraut gepflückt. Nach kurzer Bierpause wanderten wir gen Altdorf und wurden dort, ehe wir's uns versehen, von unserem dursigen Steuermann ins Lammlein gelockt. In geliebener Gemütslichkeit verlor der Nachmittag rasch und nachts. Leise, leise sank der Abend über's Schweinbühl und ließ das wackere Trüppchen, von der Gewalt der heiligen Stille übermannt, in tiefes Schweigen versinken. Zurück ging's über Dorsau—Calw. Befriedigt wurde ins Hiale geleitet, das uns wieder nach Hause brachte. Wenn auch etliche, be-

sonders die Damen, ein wenig von Müdigkeit träumten, sein wais doch. Frisch auf zum nächsten Streich!

• Der Aukauf von Gold durch das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 20.—26. März 1922 zum Preise von 950 A für ein Zwanzigmarkstück, 475 A für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

• Das diesjährige Turnfest des schwed. Turn- und Spielverbands soll am 7. August in Ebdauen abgehalten werden. Als Festplatz wurde von der Stadtverwaltung die am Redar gelegene Bundenallee und die daran anschließenden Sportplätze zur Verfügung gestellt. Die Vorbereitungen zu der Veranstaltung sind bereits in vollem Gange.

• Gewerbliches Zeichnen. Nach einem Erlaß der Schulbehörden erhalten die Gemeinden ohne eigene Gewerbeschule, die für die erwachsene Jugend eine gewerbliche Zeichenschule zur Ausbildung im gewerblichen Zeichnen einzurichten, Staatsbeiträge. Der Unterricht muß nach den Grundsätzen für den Zeichenunterricht an den Gewerbeschulen erteilt werden, mindestens 80 Jahresstunden umfassen und von 10 der Volksschulpflicht entnommenen, in gewerblichen Betrieben beschäftigten jungen Leuten regelmäßig besucht werden.

• Wohnungsabgabe. Mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab ist das Wohnungsabgabengesetz in der Fassung vom 13. Dez. o. J. in Kraft getreten. Nach demselben erheben der Staat und die Gemeinden lediglich zur Deckung des Aufwands zur Förderung der Wohnungsbeschaffung eine Abgabe von 1,3 v. H. des Kapitalwerts der einzelnen Gebäude. Im Rechnungsjahr 1921 wird die Abgabe nur mit der Hälfte dieses Prozentsatzes erhoben. Für eine Reihe von Gebäuden tritt von Amts wegen Befreiung von der Abgabe ein, so u. a. für solche, die nach dem 1. Juli 1918 fertiggestellt worden sind oder künftig erst fertiggestellt werden. Außerdem tritt in gewissen Fällen Befreiung auf Antrag ein. Des Weiteren erfolgt Nachlaß auf Antrag, wenn der Abgabepflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist und sein Jahresinkommen den Betrag von 10000 A nicht übersteigt. Auch besondere wirtschaftliche, die Leistungsfähigkeit betreffenden Verhältnisse, gestatten ganzes oder teilweises Nachlaß der Abgabe. Abgabeschuldner ist in erster Linie der Gebäudebesitzer, dem es überlassen ist, den Nutzungsberechtigten mit seinem Anteil zu belasten. In Zweifelsfällen empfiehlt es sich, Auskunft im Rathaus einzuholen.

• Eisenbahnunfall. Wie wir hören, erkrankte sich am Montag nachmittag auf dem Güterbahnhof, anscheinend durch falsche bzw. unzureichende Verpflegung ein nicht ganz leicht zu nehmender Unfall, insofern dadurch ein Güterwagen und eine Lokomotive zur Entgleisung gebracht wurden. Ueber den Umfang des Materialschadens und den bezw. die Schuldigen des Unfalls können wir leider Einzelheiten nicht mitteilen. Von der Bahnhofsverwaltung ist nähere Auskunft nicht zu erhalten.

• Der Portoaufwand der Gemeinden in Standesamtssachen. In einer kleinen Anfrage hat der Abg. Rohmann (D.D.) die Aufhebung der Bestimmungen angeregt, wonach den Gemeinden die Aufwendungen für Postgebühren in standesamtlichen Angelegenheiten nicht ersetzt werden. Justizminister Holz hat jetzt hierauf eine schriftliche Antwort erteilt, in der u. a. ausgeführt wird: Bei der Bedeutung, welche diese Frage durch die Vorberedung für die Gemeinden gewonnen hat, hat sich das Justizministerium an das Reichsministerium der Justiz gewandt mit dem Ersuchen, um Kenntnisse darüber, ob und wieweit die Beteiligten in standesamtlichen Angelegenheiten zum Ertrag des Aufwands der Postgebühren nach den geltenden Bestimmungen herangezogen werden können und eventuell, ob nicht eine gezielte Klärung dahin in Erwägung gezogen werden will, daß der Portoaufwand den Gemeinden zu erhalten ist. Sobald vom Reichsministerium der Justiz die Antwort eingetroffen ist, wird die Frage weiterbehandelt werden.

• L. C. Verichtigung des Grundkatasters. Grundigentümer, bei deren Grundstücken eine Verwendungsänderung stattgefunden hat, tun gut daran, die Veränderung beim Ortsvorsteher schriftlich anzugeben, soweit das eine Veränderung des Steuerkatasters zur Folge hat. Eine Angelegenheit liegt

Das Muß ist hart, aber beim Muß allein kann der Mensch zeigen, wie's inwendig mit ihm steht. Willkürlich leben kann jeder. Goethe.

Lichtenstein.

98) Romantische Sage von Wilhelm Hauff.

3.

Erlegen ist der Wall, wir sind im Lager! Seit weilt die Hülle der verstorbenen Nacht Von euch, die euren stillen Zug verhehlt, Und macht dem Feinde eure Schreckensnähe Durch lauten Schlußruf kund. Schiller

Es war in der Nacht vor Maria Himmelfahrt, als Herzog Ulrich vor dem Rotenbühl in Stuttgart anlangte. Er hatte auf seinem Zuge schnell das Sächsische Besondere erobert und war dann unaufhaltsam immer weiter gedrungen. Vieles Volk lief zu, denn wie ein Vulkanfeuer hatte sich die Nachricht verbreitet, daß der Herzog wieder im Lande sei. Jetzt erst zeigte sich, wie wenig Freunde der Bund sich erworben hatte, denn überall wurde die Fremde laut, daß das geschlossene Regiment des Bundes ein Ende habe, daß das angestammte Fürstentum wieder in seine alten Rechte sich einsehe.

Auch nach Stuttgart war bald diese Nachricht vorgebrungen. Die Bürgerschaft konnte ihre Freude über diese Nachricht kaum verbergen. Sie verließen ihre Häuser, traten haufenweise auf den Straßen zusammen und besprachen sich über die Dinge, die ihnen warteten. Sie schimpften leise, aber weidlich auf den Bund, ballten grimmig ihre Fäuste in der Tasche und waren überaus patriotisch gestimmt. Auch der Gedanke tat ihnen wohl, daß von ihrer Entscheidung für den einen oder anderen Teil so viel abhängen, weil man im ganzen Lande auf die Stuttgarter sahe. Sie waren zwar weit entfernt, gegen die blindliche Begehung auf ihre eigene Faust

einem Auftritte zu unternehmen, aber sie sprachen gütlich: „Gewartet, wartet nur, bis es Nacht wird, da wollen wir den Reichstädtlern zeigen, wo sie her sind, wir Stuttgarter.“

Dem blindlichen Statthalter, Christoph von Schwarzenberg, entging diese Bewegung unter den Bürgern nicht. In spät sah er ein, wie leicht man getan habe, das Heer zu entlassen. Er wandte sich an die Bundesstände, die noch zu Mordtötungen versammelt waren und begehrte Hilfe, aber er selbst gab die Hoffnung auf, Stuttgart so lange halten zu können, bis ein neues Heer im Feld erschienen sei. Er traf zwar einige Anstalten zur Gegenwehr, aber die Bürgerschaft, mit welcher der Herzog erschien, bereitete alle seine Bemühungen. Als er sah, daß er den Bürgern nicht trauen könne, daß ihm der Adel nicht beistehen, daß die Befragung nicht einmal zur Sicherung der Tore hinreichte, entwich er bei Nacht und Nebel mit den Bundesritten nach Ehlingen. Ihre Furcht war so eilig und geheim, daß sie sogar ihre Familien zurückließen, und niemand in der Stadt ahnte, daß der Statthalter und die Räte nicht mehr in den Mauern seien.

Der Marktplatz war damals noch das Herz der Stadt Stuttgart. Hier war es, wo nach alter Sitte bei jeder besonderen Gelegenheit die Bürger sich versammelten. Auch an dem wichtigen Abend vor Maria Himmelfahrt strömten sie dorthin zusammen. Zur Zeit, wo der Herzog noch mit der Wehre an der Seite aufstehen durfte, hatte sein öffentlich gesprochenes Wort auch mehr zu bedeuten als in späteren Tagen, wo Lärm, Feder und Papier die Oberhand gewannen. Und wahrlich, die Bürger von Stuttgart waren bei Nacht und in Waffen versammelt ganz andere Leute als morgens. Mancher, der hätte mon ihn vormittags um seine Meinung wegen des Herzogs gefragt, antwortete: „Was geht das mich an, bin ein friedlicher Bürgermann.“ Er hob jetzt keine Stimme und schrie: „Wir wollen dem Herzog die Tore öffnen, fort mit den Bündlichen. Wer ist ein guter Württemberger?“

Der Mord schien hell auf die versammelte Menge herab, die unruhig hin und her mochte. Ein verworrenes Gemurmel drang von ihr in die Ähre. Noch schienen sie unerschrocken, obwohl sie keiner läßt genug war, sich an die Spitze zu stellen. Aus den hohen Giebelhäusern, die den Platz ein-

schlossen, schauten viele hundert Köpfe auf den Markt hinunter. Es waren die Weiber und Töchter der Versammelten, die ängstlich und gespannt auf das Gemurmel lauschten. Denn die Stuttgarter Mägdchen waren damals ein neugieriges Völkchen, und hielten es im Herzen aus Mitleiden mit dem Herzog.

Schon wurde das Murmeln der Menge immer lauter und verständlicher. Da sah man einen langen, hageren Mann auf eine Bank am Brunnen springen, wo er die ganze Menge übertrug. Er locht mit ungeheurer langer Armen in der Luft umher, tat seinen weiten Mund auf und schrie mit heiserer Stimme um Geduld. Es wurde nach und nach stiller auf dem Platz, man vernahm einzelne Worte aus seiner Rede: „Was? Die ehrbaren Bürger von Stuttgart wollen ihren Eid brechen — habt ihr nicht dem Eide geschworen? Wem wöllet ihr die Tore öffnen? Dem Herzog? Er kommt mit ganz geringer Mannschaft, denn er hat ja kein Geld, um Leute zu bezahlen, und da müßet dann ihr wieder den Beutel aufstun und klopfen. Da wick's heißen: Stuttgart zahlt zehntausend Gulden, weil es von uns abgezahlt ist. Hört ihr? Zehntausend Gulden soll ihr zahlen!“

„Wer ist denn der lange Aertl?“ fragten sich die Männer. — „Er hat nicht unrecht — werden tüchtig zahlen müssen. Ist er ein Bürger, der da oben? Wer seid ihr?“ rief einer der lästlichsten. „Woher wollt ihr wissen, was wir zahlen müssen?“

„Ich bin der berühmte Dr. Calmus,“ sprach der Redner mit scharfer Stimme, und weilt das Genoi. Und wen wollt ihr vertreiben? Den Kaiser, das Reich, den Bund? So viele reiche Herzen wollt ihr vor den Kopf stoßen? Und warum? Wegen dem H, der euch das Fell über die Ohren zieht; denkt nur an das geringere Gewicht, an die barten Jagdrevol. Jetzt hat er gar kein Geld mehr; er ist ein Dumpe, hat alles verpielt in Wimpelgard —“

„Halt Er sein Maul!“ schrien die Bürger. „Was geht das ihn an? Er ist kein hiesiger Bürger; fort mit dem Rahlmauser — schlagt ihn tot — werft ihn als Fisch in den Brunnen — der Herzog soll leben!“ (Fortf. folgt).

...keit träumten, sein Reich durch die vom 20.—26. März Zwanzigstündigen, ausländischen Soldat...

war, wenn die Kultur eines Grundstücks auf die Dauer verändert wird durch die Veränderung von Aedern in Wiesen, Wald, Weinberg u. s. f. und umgekehrt durch die Verwendung eines Grundstücks als Baumgarten, Hopfengarten, Stenbruch u. s. f. aber durch Aufheben einer solchen Verwendung, ferner wenn ein Grundstück die Eigenschaft eines Gartens annimmt oder ein als Garten eingeschätztes Grundstück diese Eigenschaft verliert.

Weidelehre für Landwirte. Vom 15.—17. Mai findet in Hohenheim ein Weidelehre für praktische Landwirte statt mit Vorträgen über: Ailmo, Boden und Weide, Anlage, Düngung und Pflege der Weiden, Weidepflanzen, Grasfahmischungen und besondere Weidefragen, ferner mit Demonstrationen.

L. C. Die Sommerkurse der Frauenschulen Blaubeuren und Auzperzell werden Ende April eröffnet. Die Schülerinnen erhalten Unterricht in allen hauswirtschaftlichen Fächern, sowie in Gartenbau, Kleintierzucht und Viehwirtschaft. Das Kostgeld von 500 M deckt nicht die Selbstkosten, so daß die Schülerinnen eine verhältnismäßig sehr billige Ausbildung erfahren. Anmeldungen sind an die württ. Landwirtschaftskammer, Stuttgart, zu richten.

Reine 5000 und 10000 Marksteine. Die Leipziger Handelskammer hat sich gegen die angeregte Ausgabe von 5000 und 10000 Marksteinen ausgesprochen, weil dadurch die Mark noch mehr entwertet, die geschäftswichtige Verflechtung von Warenmengen in das Ausland erleichtert und schließlich die Förderung des borgebliesenen Zahlungsverkehrs gehemmt werden würde.

Württemberg.

Güterdiebstahl. Gorb. 21. März. Am vergangenen Samstag ist auf dem Bahnhof Gorb ein Bahnarbeiter festgenommen worden unter dem Verdacht, Transportgüter, hauptsächlich Felle, entwendet und sie an die Firma Liebmann hier verkauft zu haben. Die Firma selbst hat bei der Verlesung Verdacht geschöpft und hat die Anregung zur Einleitung einer Untersuchung gegeben.

In Tode gedrückt. Tübingen, 20. März. Am Samstag spielten einige Kinder in der Schwärzlocherstraße auf einer Weiserbrücke. Beim Abpringen stürzte diese run und brüchte ein jähriges Kind der Witwe Witth zu Tode. Die Frau hat ihren Mann in ähnlich tragischer Weise verlor.

Der Streik in der württ. Metallindustrie.

Ueber den Umfang der Bewegung gibt eine vom Deutschen Metallarbeiterverband veröffentlichte Zusammenstellung nähere Anhaltspunkte. Demnach stehen in ganz Württemberg 180 Betriebe mit etwa 41.080 Arbeitern im Streik und 30 Betriebe mit rund 10.400 Arbeitern in Kündigung.

Stuttgart, 21. März. Der Deutsche Metallarbeiterverband, Bezirk Württemberg, stellt in einer längeren Darlegung zum Streik fest, daß es sich nicht nur allein um die Arbeitszeit dreht, sondern um sehr materielle Dinge. Auf Grund einer Statistik wird nachgewiesen, daß in Württemberg im Bergbau, in der Holzindustrie und im Bauwesen die Arbeiter mit 20—25 Jahren Löhne haben, die bis zu 7 M höher sind als in der Stunde als die der hochqualifizierten Metallarbeiter in der Metallindustrie mit 25 Jahren.

Landesversammlung des württ. Krankenkassenverbands. Am Montag, den 10. April, findet im Bürgermuseum in Stuttgart eine außerordentliche Landesversammlung statt, in der die Erhöhung der Beiträge für Ärzte, Zahnärzte und Dentisten, sowie die Neuregelung der Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Kassenangehörigen beraten werden wird.

Beamten-Erholungsheim. Stuttgart, 21. März. Wegen des Umwerts von Erholungsheimen für den württ. Beamtenverband schwebt zurzeit Verhandlungen, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Kuranstalt Sebastianswald bei Tübingen nimmt jedoch Mitglieder des württ. Beamtenbundes zu ermäßigten Preisen an.

Kapitalerhöhung bei Jungbunzlauer. Schramberg, 20. März. Der Aufsichtsrat der Gebr. Jungbunzlauer A.G. beschloß eine Erhöhung des Aktienkapitals um 20 Millionen Stammaktien, um den Kapitalbedarf der Messingwerke Schwarzwald S. m. b. H. in Bisingen zu befriedigen. Den alten Stammaktionären soll im Verhältnis von 3:1 eine neue Aktie zu 200 Prozent angeboten werden.

Erinnerungstafel. Rürtingen, 20. März. Gestern wurde eine von der Stadt angeschaffte Erinnerungstafel an den Dichter Friedrich Hölderlin (geb. am 20. März 1770) am Ansehensschulhaus in der Redarstraße angebracht und eingeweiht. Bekanntlich hat Hölderlin hier seine Jugend verlebt, bis er die Unversität Tübingen bezog.

Berunglückt. Blosingen, 20. März. Als der 49 Jahre alte Bauer und Fuhrmann Frey Ranz am Samstag abend in seiner Scheuer Futter herabholten wollte, brach die Leiter. Der sonst so kräftige gesunde Mann fiel auf den Boden und war sofort tot. Neben einer Witwe und 4 Kindern hinterläßt Ranz noch eine 82 Jahre alte Mutter.

Die Papiernot der Presse. Reutlingen, 21. März. Der Reutlinger Generalanzeiger muß vor heute an in wesentlich verkleinertem Format erscheinen, da er von seinen Papierenlieferanten im Stich gelassen worden ist.

Holzverkauf. Leonberg, 20. März. Die Stadtgemeinde verkaufte am letzten Samstag den Rest des Stammholzes vom außerordentlichen Holzdieb mit ca. 550 Fm. um 696 Frag, der forstamtlichen Tage, was einen Erlös von rund 1 Million Mark ausmachte. Die Wasserleitungsschuld ist damit gedeckt.

Kauf des Elektrizitätswerks. Winnenden, 21. Febr. Der Gemeinderat beschloß, das hiesige Elektrizitätswerk auf 1. April 1923 käuflich in das Eigentum der Stadt zu übernehmen.

Waldbrand. Ebingen, 20. März. Am Samstag nachmittag ist im Reuzentale ein Waldbrand ausgebrochen, der bis zum Eintreffen des Wäldchens bereits einen größeren Umfang angenommen hatte. Der Schaden ist nicht bedeutend. Der Brand ist durch 2 Raucher, die im Walde Zigaretten rauchten, verursacht worden.

Am Raubmord in Winterbach. Ravensburg, 21. März. Am Samstag nachmittag begab sich eine Gerichtskommission nach Winterbach, um den Tatort in Augenschein zu nehmen. Sodann schritt man zur Obduktion der auf so rätselhafte Weise aus dem Leben geliedenen Maria Stenzel. Die Schlinge, eine Art Juchendhose, welche das Kind um den Hals geschlungen hatte, war mit solcher Gewalt zugezogen, daß sie

von der Haut mit Ausnahme des Rostens überdeckt war; desgleichen waren die Handgelenke kreuzweise zusammengepresst, so daß die Hände vollständig blaue Färbung annahmen.

Rabierzusammenstoß. Ravensburg, 21. März. Ein Motorradfahrer fuhr beim Krausmör in voller Fahrt in das Rad einer von Weinbergen kommenden Rablerin. Diese wurde auf die Seite geschleudert, während das Rad vollständig zertrümmert wurde. Die Rablerin stutzte zum Glück außer Hautschürfwunden keine weiteren Verletzungen. Der Motorradfahrer gab seinem Motor Was und fuhr unerkannt davon.

Unfall. Albstadt, 21. März. Der Bauer J. Müller war mit elektrischem Holzschläger beschäftigt. Seine Front kam der Reiflage zu nahe, die das Kopf nach rechts und ihr die Hof. Hinfahrt plötzlich durchdrate. Die Kette haben, da keine z. h. h. Lebenszentren verlegt sind. Position auf Erhaltung des Lebens.

Waldbrand. Tübingen, 21. März. Am bemalten Abhang des Reuzentales brach ein Waldbrand aus. Das an diesem Abhang vorhandene dürre Gras stand in heißen Flammen und verbreitete sich auf eine Fläche von etwa 250 Quadratmeter. Durch einige Schützen und Spaziergänger wurde das Feuer erloscht. Aufgefahrene Streichhölzer deuten auf Brandhaltung hin.

Zeppelin Schiffbau. Friedrichshafen, 20. März. Es steht jetzt fest, daß der Luftschiffbau Zeppelin ab 5. Mai wieder mit dem Bau von Zeppelin Schiffen beginnen darf. Allein es fehlen dem L. Z. die Bestellungen und Aufträge. Die deutsche Luftschiffahrt Aktiengesellschaft (Delag) kann sich nicht entschließen, ein Passagierluftschiff von der Größe des „Graf Zeppelin“ zu bestellen, da ein solcher Luftkreuzer mit einer nachherigen Tragkraft von 10.000—12.000 Kilogramm heute 25 Millionen Mark kostet. Die Verhandlungen mit der spanischen Regierung verliefen günstig, allein sie sind vorerst zum Stillstand gekommen. Alle Nachrichten über den beschlossenen Kulturvertrag Spanien—Argentinien sind verblüht. Ähnlich verhält es sich mit der Verfrachtung eines Reparationschiffes für Amerika.

Motorrad-Diebstahl. Reutlingen, 20. März. In der Nacht zum Sonntag wurde aus dem hiesigen Güterkuppen ein Motorrad gestohlen. Der Einbrecher öffnete die dort verschlossene Tür, stülte mitgebrachtes Werkzeug ein, setzte sich draußen auf das Rad und fuhr davon.

Schweres Brandunglück. Rom Ries, 21. März. In Niedlingen brach in einem aus zwei alten Frauen bewohnten Hause auf dem Viehgraben Feuer aus. Beim Retieren der Wohnung fand man die halbangelebte, etwa 80jährige Rentnerin Karoline Böck verbrüht auf. Wahrscheinlich ist der Brand durch einen beim Feuer- und Lichtmachen das Un Glück angefochten. Während in der oberen oblig aufgegebenen Wohnung die gesamte Einrichtung ein Raub der Flammen wurde, konnte das Mobiliar der unteren Wohnung gerettet werden.

Bermischtes.

Das Ende der gemäßigten Stammtische. Die traurigen Tatkunden, die sich vor dem Krieg allabendlich in bestimmten Gaststätten an „reservierten“ Tischen zusammenfanden, sind nahezu gänzlich verschwunden. Den einen oder anderen der Gemäßigten hat Gedächtnis nicht erloscht, die meisten aber erkennen deshalb nicht mehr an dem alten bewohnten Platz, weil sie die gegenwärtigen Preise nicht mehr erträgen können. Damit soll nicht gelagt sein, daß die Stammtische völlig ausgestorben wären. Es ist lediglich eine Verjüngung eingetreten, die aber keineswegs auch eine vorübergehende Verbesserung bedeutet. Die Jugend von heute tritt in den Gastwirtschaften sehr anpruchsvoll auf, beansprucht die besten Plätze und macht durch ihr hochschallendes, unartiges Wesen dem Wirt und dem Bedienungspersonal das Leben rechtlich schwer. Daß man gerne in „bunten Kreise“ sitzt, bedarf keiner besonderen Betonung. Die gleiche Wandlung ist auch in den Kaffeeküchen zu bemerken. Der Kleinrentner ist gegangener, sein Lächeln Erfolg-Kaffee zu trinken und sich auch sonst jede Erleichterung und jedes Vergnügen zu verschaffen. Dadurch ist das sonst so mannigfaltige und charakteristische Gesellschaftsbild außerordentlich monoton und trübselig geworden.

Handels- und Marktberichte.

Landesproduktendörse. Stuttgart, 20. März. Die Preise sämtlicher Getreidearten erlitten auch in der abgelaufenen Woche wiederum eine Preissteigerung und haben damit annähernd die Höhe der Weimarktsforderungen erreicht. Die heute notierten Preise sind nur als nominell zu betrachten. Wir notieren per 100 Kilogr. ab württ. Stationen:

Table with 2 columns: Commodity and Price. Includes items like Weizen je n. Viefzer, Sommergerste, Hafer, Weizenmehl Nr. 0, Brotmehl, Rleie, Heu, württ., and Stroh, drabigepreßt.

Letzte Drahtnachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 21. März. Der Reichstag überwies heute zunächst das Gesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer von Demobilmachungsverordnungen dem Ausschuss und legte dann die zweite Beratung des Vermögenssteuergesetzes fest. Nach längerer Beratung wird der § 16 in der Fassung des Ausschusses mit einem Antrag Heold (Z.) angenommen, wonach bei Ermittlung des Ertrages insbesondere „auch“ der Ertrag der letzten 3 Jahre zu berücksichtigen ist. § 23 stellt Ermäßigung der Steuer bei andererseits Familien vor, wobei der Ausschuss für jedes zweite und weitere Kind 100 M Ermäßigung festsetzte. Dieser Ausschussantrag fand Annahme unter Ablehnung eines kommunistischen Antrags, der die Ermäßigung nur auf 50 M bemessen wissen wollte. Der Rest des Gesetzes wird nach weiterer Aussprache genehmigt. Der Ausschuss beantragt noch eine Reihe von Entschuldigungen, in denen u. a. eine Vorlage gefordert wird, durch die für die

Tarife bei der Einkommens- und Erbschaftsteuer diejenigen Änderungen vorgeschlagen werden, die durch die Marktentwertung notwendig werden. Ferner wird verlangt, daß das Problem der Schaffung einer stabilen Wertaufbewahrung eingehend untersucht wird.

Abg. Dr. Heffrich (D.R.) empfiehlt außerdem eine Entschuldig, die die Höhe des steuerfreien Vermögensbeitrags der Geldentwertung anpassen will. Diese Entschuldig wird gegen den Protest der sozialistischen Linksparteien angenommen. Ebenso finden die Ausschussschließungen zum Teil einstimmig, zum Teil gegen die sozialistische Linke Annahme. — Es folgt die zweite Beratung des Vermögenssteuergesetzes. Der Ausschuss beantragt, im Zusammenhang mit der Vermögenssteuer alle 3 Jahre den Vermögenszuwachs zu veranlagen und den Zuwachs für steuerpflichtig zu erklären, der bei einem Endvermögen von mehr als 300.000 Mark 100.000 Mark übersteigt. Die Steuer beträgt für die ersten 200.000 Mark Zuwachs 1 Prozent und steigt bis zu 10 Prozent bei einem Zuwachs von 1 1/2 Millionen. Das Gesetz wird nach kurzer Aussprache nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Als ein sozialdemokratischer Redner den Kommunisten vorhielt, daß Mitglieder dieser Partei durch solche Entzungen in die Anwesenheitsliste zu Unrecht Diäten erhoben hätten, erwiderten kommunistische Redner mit Angriffen auf den Reichsfinanzminister Dr. Gismes. Dieser legte seinerseits schärfste Verwahrung ein gegen diese persönlichen Verdächtigungen und lehnte es ab, sich sein Anstands- u. Ehrengeld vor den Kommunisten attestieren zu lassen. Im übrigen setzte er dem geschäftlichen Verfahren und der parlamentarischen Unternehmung mit größter Ruhe entgegen. Das Haus trat dann in die Beratung eines Gesetzes betreffend die Erhöhung der Körperschaftsteuer ein. — Nächste Sitzung morgen Nachmittag 2 Uhr.

Die gestörten Gebiete.

Paris, 21. März. Nach dem Wain sind in den gestörten Gebieten Frankreichs von der Metallindustrie heute wieder 60 Prozent der gestörten Betriebe in Tätigkeit. Bei den Kristall- und Glashütten, den Mäbelabriken und Papiermüllereien waren 1921 bereits 65 Prozent der Schäden ausgeglichen. Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter beträgt 72 Prozent des Standes in den letzten Friedensjahren. Bei der Textilindustrie haben von 684 gestörten Fabriken 489 den vollen und 92 den teilweisen Betrieb wieder aufgenommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 58.000 gegenüber 74.000 vor dem Kriege.

Die Rache der Jagstige.

Berlin, 21. März. Der bayerische Fliegerhauptmann Galtner, der 500 Meter unterhalb der Jagstige mit einem Flugzeug gelandet war, ist nach dem Eintreten eines Wettersturzes auf der Anhöhe 900 Meter unter dem Gipfel mit seinen beiden Begleitern völlig eingeschneit. Ihre Lebensmittel sind äußerst knapp. Kräfte mit Lebensmitteln sind vom Kalmtal aus zu den Eingekerkerten unterwegs. Es ist sehr fraglich, ob sie bei dem Schneeeinbruch, dem Nebel u. der Lawinengefahr durchkommen. Hauptmann Galtner ist den Lebensmittellieferanten auf Schneefahnen entgegengefahren. Die Flugschulberwachungsstelle in München hat ein Kommando von 1 Offizier und 6 Mann gute Schneeschuhe mit Lebensmitteln nach der Anhöhe abgeschickt.

Letzte Kurzmeldungen.

Einer Meldung aus Moskau zufolge, ist Lenin schwer leidend. Die Krankheit ist die Folge einer vor 3 Jahren durch ein Aitenial erfolgten Verwundung. Der Berliner Professor Reemperer ist aus Krankenlager berufen worden. Im Reichsausschuss des Reichstags wurde gestern der Gesetzentwurf über die Veranziehung der Frauen zum Schöpfen- und Schworenenamt in 2. Lesung angenommen.

Auf den chinesischen Gesandten in Paris wurde von einem chinesischen Studenten ein Aitenial verübt. Der Grund zu der Tat ist noch nicht ganz aufgeklärt. Der Täter hat sich gestellt. Im Hauptauschuss des Reichstages kündigte Reichswehrminister Enderer jetzt offiziell die 40-prozentige Erhöhung der Militärliste ab 1. April an.

Lloyd George sandte Chamberlain, nach einer Londoner Meldung, eine Botschaft, worin er ihn ersucht, entweder durch eine Parteiversammlung der Koalition oder im Unterhaus ein Vertrauensvotum für ihn zu erlangen.

Eine in Berlin eingetroffene Note der Botschafterkonferenz spricht der deutschen Regierung das Recht ab, für die durch den oberösterreichischen Aufstand entstandenen Schäden von den Alliierten Ersatz zu verlangen.

Humor?

Humor ist eine edle Gabe. Es wird erwartet, daß sie habe vor allem unser junges Volk und auch wir Ältern Sie wollen uns erhalten! Da hat der Herr Redakteur jüngst angeklagt im Heilschaf Die Künstlerrolle des Seminars Ein wenig trübselig war, Nicht eben vorfichtig Und scheidlich wüßig. Er nannte Namen und Bedrückte gar sehr die holden Damen. Gär's können bleiben lassen, Denn die Insassen Von Stadt und Seminar Nicht merken, daß es Spaß nur war! Sie lachten scheidlich während auf Und ließen alleamt zu Haus! Dem Zeitungsmannt auf's Dach zu steigen Und ihm das Spassen zu vertreiben. Getränkt sie waren an der Gäre: Wann's nur nicht Fräulein . . . t wäre! Da haben wir's! Und lernen drans: Rasch fertig ist die Jugend mit dem Wort Der Spaß taugt nicht für jeden Ort!

Wutmaßl. Wetter am Donnerstag und Freitag. Bedrückt, Schnee und Regenschnee.



